



FOPIS
VOPSI

Januar 2017



Verband der Organisationen des Personals
der Sozialen Institutionen des Kantons Freiburg
Fédération des organisations du personnel des
institutions sociales fribourgeoises

ADRESSE DES SEKRETARIATS:

Bd de Pérolles 8
Postfach 533
1701 Freiburg
Tel.: 026 309 26 40
eMail: secretariat@fopis.ch
Internet: www.vopsi.ch

Kollektivmitglieder: Berufsverbände und Gewerkschaft

FPV/AFP

Freiburger PsychologInnen-Verband
www.psy-fri.ch

AVENIRSOCIAL

Sektion Freiburg
www.avenirsocial.ch

PSYCHOMOTORIK SCHWEIZ

Verband der Psychomotoriktherapeutinnen
und -therapeuten
www.psychomotorik-schweiz.ch

ATSF

Association des travailleurs
socioprofessionnels fribourgeois
atsf.ch@gmail.com

ARLD

Association romande des logopédistes
diplômés, Sektion Freiburg
www.arld.ch

GFEP

Groupement fribourgeois des ergo-
thérapeutes et physiothérapeutes

GFMES

Groupement fribourgeois des maîtres de
l'enseignement spécialisé
www.gfmes.ch

SSP-CFT

www.ssp-fribourg.ch
Verband des Personals öffentlicher Dienste
Region Freiburg

Copyright: www.vopsi.ch
Design: bmp-services.ch
Print: bmp-services.ch

USR III, eine Gefahr für die öffentlichen Dienste!

Am 12. Februar ist die Bevölkerung aufgerufen, sich zur Vorlage über die Unternehmenssteuer-reform USR III zu äussern. Ziel der Vorlage ist es, die Besteuerung für alle Unternehmen zu harmonisieren. Das Ziel ist zwar lobenswert, doch die Kantone nehmen diesen Schritt zum Anlass, die Steuern für Unternehmen zu senken. Das Ergebnis der Übung: Einbussen von rund drei Milliarden Franken für Bund, Kantone und Gemeinden. Diese Mindereinnahmen werden Auswirkungen auf den Service public haben. Die Gesetzesvorlage ist abzulehnen und muss noch einmal überarbeitet werden.

Eine riskante Reform

Gemäss Initianten antwortet diese Steuerreform auf den Druck der internationalen Gemeinschaft und insbesondere die Europäischen Union, die ermässigte Besteuerung von Statusgesellschaften aufzuheben. Die Vorlage wird als innovationsfördernd verkauft. Auch wenn gegen das Prinzip der Steuerharmonisierung nichts einzuwenden ist, stellt der von den Kantonen festgelegte Steuersatz ein Problem dar. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, sehen sich die Kantone nämlich gezwungen, ihre Steuersätze für juristische Personen massiv zu senken. So wird in Freiburg der Steuersatz von 19,9% auf 13,7% sinken, in Genf wird er von heute 24,2% auf 13,5% sinken. Zwar wird die Besteuerung für ausländische Multinationale Konzerne steigen (der aktuelle Steuersatz liegt zwischen 5 und 10%), doch für Schweizer Unternehmen werden die Steuereinnahmen deutlich zurückgehen. Die Verluste werden auf 2,7 bis 2,9 Milliarden Franken geschätzt, wobei es sich hier vermutlich um Mindestansätze handelt. Unter dem Druck gewisser Kantone (namentlich der Waadt) hat das Parlament nämlich verschiedene Mechanismen in die Vorlage aufgenommen, die für gewisse Unternehmenstätigkeiten (insbesondere Forschung) partielle Steuerabzüge vorsehen. Diese Sätze können die Kantone frei festlegen. So ist letztlich niemand in der Lage, die genaue Höhe der finanziellen Einbussen für die Gemeinwesen zu beziffern. Die Bürger werden also aufgefordert, über ein Gesetz abzustimmen, ohne die finanziellen Folgen eines solchen Entscheids zu kennen.

Fehlende Einnahmen, die sich auf die Leistungen auswirken werden.

Die genaue Höhe der Einbussen ist zwar unklar, steht fest aber, dass es sie geben wird. Und in einem solchen Fall ist kaum vorstellbar, dass sie keinen Einfluss auf die Leistungen haben. Schon

heute durchlaufen die Finanzen der Gemeinwesen eine schwierige Phase. Fast alle Kantone haben Sparprogramme eingeführt. In einem solchen Kontext werden die drei Milliarden Mindereinnahmen zu einer Senkung der Leistungen im öffentlichen und halböffentlichen Dienst führen. Wir wollen nicht, dass die Bevölkerung und das Personal das durch diese Reform gerissene Loch stopfen müssen. Erinnerung sei an die schmerzhaften Einschnitte der Zentralschweizer Kantone, die dieses gefährliche Spiel betrieben und sich die Finger verbrannt haben. So hatte Schwyz seinen Steuersatz massiv gesenkt, um Unternehmen anzulocken. 2014 verzeichnete der Kanton dann ein Rekorddefizit von 211 Millionen Franken. Der Kanton Luzern musste die Sommerferien um eine Woche verlängern und das Lehrpersonal war gezwungen, eine Woche ohne Gehalt zu Hause zu bleiben.

Deshalb muss die öffentliche Hand über die Bücher und einen neue, weniger riskante Vorlage zur Steuerharmonisierung vorlegen. Die Qualität unserer öffentlichen Dienstleistungen und insbesondere die Betreuung von Menschen mit Behinderung müssen gewährleistet sein.

André Dunand, Präsident VOPSI

Gesetz über die KGV: Referendum zustande gekommen

Am 21. Mai wird sich die Bevölkerung Freiburgs zum Gesetz über die Gebäudeversicherung, das sogenannte KGV-Gesetz, äussern. FEDE und FOPIS haben mit Unterstützung von Gewerkschaften und Linksparteien nahezu 10'000 Unterschriften gesammelt. Die Personalverbände lehnen diese Auslagerung eines staatlichen Dienstes und damit die Verzerrung des öffentlich-rechtlichen Status in diesem Kanton ab. Heute die KGV, morgen das Spital, diese Art von Entscheidungen droht dem Service public erheblich zu schaden. Ganz zu schweigen von den KGV-Prämien, die zu den niedrigsten der Schweiz zählen, weshalb diese Änderung den Bürgern nichts bringt, es sei denn das Risiko steigender

DIE FRAGE DES MONATS

Löhne 2017

Der VOPSI hat die von der FEDE und dem VPOD formulierte Forderung für eine allgemeine Lohnerhöhung für die Angestellten des öffentlichen und halböffentlichen Sektors unterstützt. Die FEDE forderte 0,8 % und der VPOD 1,5 %.

Am Ende hat der Staatsrat in seinem Budget einen Betrag vorgesehen, der eine Erhöhung von 0,4 % erlaubt.

Die definitive Entscheidung wird Anfang Dezember nach der Veröffentlichung des VPI vom Dezember gefällt werden.

Der VOPSI wird sicherstellen, dass der Staatsrat einen Teil des Gewinns von 2016 für das Personal aufwendet, als Gegenleistung für die vom Personal erbrachten Bemühungen zur Sanierung der Kantonsfinanzen.

Verwaltungskosten und früher oder später steigender Versicherungsprämien. Mit dieser Abstimmung wird die Bevölkerung zeigen können, dass ihr am Service public dieses Kantons liegt, und sich dazu äussern können, ob sie wirklich eine Privatisierung von Leistungen, insbesondere im Gesundheitssektor, will.

Daten der Sitzungen und Komitees 2017

Büro VOPSI

Sekretariat Fede-Fopis

Donnerstag 19. Januar um 10.00
Donnerstag 16. Februar um 10.00
Donnerstag 30. März um 10.00
Donnerstag 4. Mai um 10.00
Donnerstag 22. Juni um 10.00
Donnerstag 24. August um 10.00

Donnerstag 28. September um 10.00
Donnerstag 2. November um 10.00
Donnerstag 7. Dezember um 10.00

Komitee VOPSI

Dienstag 24. Januar um 19.00
Dienstag 21. Februar um 19.00
Dienstag 4. April um 19.00
Dienstag 9. Mai um 19.00
Dienstag 27. Juni um 18.30 (Comité festif)
Dienstag 12. September um 19.00 Komitee,
20h00 General Versammlung
Dienstag 3. Oktober um 19.00
Dienstag 14. November um 19.00
Dienstag 12. Dezember um 19.00

General Versammlung: 12. September 2017, 20.00